



ACTION DAYS 8 & 9 JULY 2019

CLIMATE CAMP: 2 - 11 JULY, BASEL



Zürich und Basel, 18. Juli 2019

Polizeigewalt gegen Klimaaktivist*innen - Klimaschutz ist kein Verbrechen

Am 8. Juli 2019 blockierten Aktivist*innen mit einem friedlichen Protest den Credit Suisse Hauptsitz am Paradeplatz Zürich und den Hauptsitz der UBS in der Aeschenvorstadt in Basel, um auf das klimaschädliche Geschäftsmodell der beiden Banken aufmerksam zu machen.

In Basel erhielten die Aktivist*innen um 14 Uhr von der Polizei die Nachricht, dass die UBS Anklage erhebt und die Blockade freiwillig zu verlassen sei. Knappe fünfzehn Minuten später kesselte die Polizei die Aktivist*innen ein und begann mit der Räumung. Brisant daran: während am Aeschenplatz das Bild einer friedlichen Räumung aufrechterhalten wurde, sperrte die Polizei die Gartenstrasse ab und startete bei der Blockade der UBS-Tiefgarage fernab von kritischen Augen eine unverhältnismässige und gewaltsame Räumungsaktion.

Das [hier verlinkte Video](#) zeigt, mit welcher Polizeigewalt in Basel gegen die friedlichen Klimaschützer*innen vorgegangen wurde. Es wurden wiederholt Schmerzgriffe angewendet und die Aktivist*innen wurden mehrfach verbal beleidigt und eingeschüchtert. Eine junge Frau, die kooperierte und ihre ID vorzeigte, wurde gewaltsam zu Boden gedrückt, gefesselt und verhaftet, weil sie ohne richterlichen Bescheid nicht bereit war, vor Ort einer erkennungsdienstlichen Massnahme zuzustimmen. Frauen* wurde das Recht verweigert, sich von weiblichen Polizistinnen* abtasten zu lassen. Es kam dabei laut Berichten der Betroffenen wiederholt zu unangemessenen Berührungen.

Grobe Missachtung der Pressefreiheit

Während der Räumung war die Polizei stets darum bemüht, zu verhindern, dass ihr brutales Vorgehen dokumentiert werden konnte. Den filmenden Personen wurden wiederholt ihre Kameras aus den Händen gerissen. Eine filmende Person wurde gewürgt und anschliessend verhaftet. Die Menschen, die sicherstellen wollten, dass keine Polizeigewalt angewendet wird, wurden grob weggeschoben und auf Distanz gehalten. Auch Pressevertreter*innen wurden nicht durchgelassen, wie aus einem Bericht von Telebasel ersichtlich wird. [Dieses Vorgehen der Basler Polizei ist inakzeptabel und klar als Missachtung der Pressefreiheit einzustufen.](#)

Psychische Machtspiele hinter Sichtschutz

Laut Aussagen der Polizei Basel wurde der Sichtschutz rund um die an Fässer geketteten Aktivist*innen aufgestellt, um das Persönlichkeitsrecht ebendieser zu wahren. In einem [Interview mit Radio Dreyeckland](#) beschreibt eine der Betroffenen, wie einzelne Einsatzkräfte diesen abgeschirmten Raum missbrauchten, um psychische Gewalt auszuüben. So wurde laut ihren Angaben unter den anwesenden Einsatzkräften beispielsweise darüber diskutiert, ob man nicht einfach mal das Fass ins Rollen bringen solle, dass das Zelt einen schönen Leichengeruch verströme und dass es durchaus möglich wäre, dass die Aktivist*innen bei ihrer Befreiung einen Finger oder Arm verlören.

Es ist stossend, wenn Städte wie Basel und Zürich den Klimanotstand ausrufen, gleichzeitig aber das umweltzerstörende Geschäftsmodell der Banken mit ihrer Polizei und Staatsanwaltschaft schützen und

Klimaschützer*innen mit unverhältnismässiger und gewaltsamer Repression begegnen. Deshalb verlangt das Collective Climate Justice, dass sämtliche Strafbefehle umgehend fallen gelassen werden. Collective Climate Justice freut sich über die unglaubliche Solidarität, die die Klimaaktivist*innen durch die [Campax Spendenkampagne](#), den [Campax Appell](#) und durch viele weitere Aktionen erhalten. Es haben bald 7000 Menschen den Appell unterschrieben, ausserdem sind bereits über 32'000 CHF an Unterstützung zusammengekommen.

Weitere Informationen und Kontakt:

- Weitere Informationen finden Sie auf <https://www.climatejustice.ch>
- Bei Fragen wenden Sie sich bitte an medien@climatejustice.ch oder telefonisch an Frida (+41 77 909 76 83)
- [Video](#)
- [Bildmaterial der Aktionen](#)

Hintergrund: Klimakatastrophe sponsored by Credit Suisse und UBS

Credit Suisse und UBS sind die Hauptverantwortlichen des Schweizer Finanzplatzes für die weltweite Klimakatastrophe. Zwar wird hier kein Öl gefördert und keine Kohle verbrannt, aber von hier aus werden derartige Projekte finanziert und dadurch erst möglich gemacht.

Der Finanzplatz Schweiz emittiert das [20fache](#) der Treibhausgasemissionen der ganzen Schweiz. Credit Suisse und UBS zusammen haben zwischen 2016 und 2018 allein durch Finanzierungen von Projekten und Unternehmungen im Bereich fossile Brennstoffe [83.3 Mrd. USD unmittelbar in die Befeuerung der Klimaerhitzung gesteckt](#).

Die beiden Banken sind beispielsweise an der Rodung des Hambacher Waldes und dem gigantischen Kohleabbau vor Ort beteiligt. Weiter investiert die Credit Suisse in Fracking-Projekte in West Texas. Obwohl die Schweiz das Pariser Klimaabkommen ratifiziert hat und der Sonderbericht des IPCC auf die Einhaltung von 1.5 Grad drängt, [rasen wir aufgrund der Investitionen des Schweizer Finanzplatzes in die globalen Finanzmärkte auf eine Erderwärmung von 4 – 6 Grad zu](#).

Wer ist das Collective Climate Justice

Hinter der Aktion steht das Collective Climate Justice. Neben sehr vielen Einzelpersonen aus verschiedensten politischen Zusammenhängen beteiligen sich weiter auch Aktivist*innen von Collectif Break Free Suisse, Bewegung für den Sozialismus, Multiwatch, Es Zündhölzli für Banke, Revolutionärer Aufbau und Greenpeace-Aktivist*innen an der Aktion. Als Klimabewegung steht Collective Climate Justice solidarisch für Klimagerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft für alle.

Wir fordern:

- dass der Finanzplatz Schweiz sich mit sofortiger Wirkung an die Forderungen des Pariser Klimaabkommens hält. Das bedeutet insbesondere einen raschen und kompletten Ausstieg aus Kohle, Öl, Gas.
- Weiter fordern wir Klimagerechtigkeit: Der Prozess hin zu einer Gesellschaft frei von fossiler Energie muss von uns allen gemeinsam erkämpft werden und gleiche soziale und wirtschaftliche Absicherungen für alle garantieren. Weder im globalen Süden noch innerhalb unserer Gesellschaft dürfen Menschen benachteiligt werden.
- Um das zu erreichen, braucht es ein basisdemokratisch aufgebautes politisches und wirtschaftliches System, das auf die Bedürfnisse und das Wohlergehen aller Menschen ausgerichtet ist.